

Eigensinn und Eigeninitiative, aber keine Euphorie

Wie polnische Bauern zu EU-Landwirten werden und sich dabei selbst treu bleiben / Zwischen Anpassung und Zurückhaltung

VON LAELIA KADERAS (KALISZ)

Als der Nestlé-Konzern das polnische Staatsunternehmen Winiary kaufte und einen Teil der Trocknungsanlage stilllegte, verloren viele Bauern um Kalisz in der Wojewodschaft Wielkopolska (Großpolen) ihren Hauptabnehmer. Wohin mit Sellerie, Karotten und Petersilie auf ihren Feldern, die bisher beim einst europaweit agierenden Hersteller von Suppen- und Gewürzpulver verarbeitet worden waren?

Es war wie so oft: Die polnischen Bauern mussten selbst zusehen, wie es für sie weiterging. Und irgendwie ging es weiter. Sogar ein polnisches Patent förderte die Not zutage, eine Erfindung, die einen Teil der Trocknungsanlage demnächst wieder schnurren lässt: die Produktion von fettlosen Gemüsechips. So also geht es zu, wenn polnische Bauern zu EU-Bauern werden.

Entwicklungsstarke Region

Die Wojewodschaft Wielkopolska mit ihrer Hauptstadt Poznan (Posen) zählt zu den entwicklungsstärksten Regionen in Polen. Die zentrale Verkehrslage, historische Handelsrouten, Industrie- und Wissenschaftszentren

tragen dazu bei. Die Landwirtschaft profitiert von den Strukturen, ermöglichen sie es doch, neben Ackerbau und Fleischproduktion auch die gewinnbringende Verarbeitung selbst in die Hand zu nehmen.

Doch liegen in dem polnischen Musterlande landwirtschaftliche Vorzeigebetriebe und kleinbäuerliche Selbstversorger, die im Traum nicht daran denken, sich den Gesetzen des Weltmarktes zu unterwerfen, dicht nebeneinander. Für beide gilt: Jeder geht seinen eigenen Weg. Oft vage informiert und auf sich selbst gestellt, aber mit dem Selbstbewusstsein einer langen Agrartradition, erweisen sich die Landwirte als eigensinnig und findig.

Der finanzielle Segen der EU lockt, doch das Misstrauen gegen alles, was von oben verordnet wird, bremst die Euphorie. So zersplittert die Landwirtschaft zwischen Marktanpassung und vorsichtiger Zurückhaltung. Die Angst vor neuen Abhängigkeiten sitzt tief. Vertrauen genießt einzig und allein die katholische Kirche: An sie wandten sich die Bauern, um sich über Fördermittel aus dem Vor-Beitritts-Fonds der EU beraten zu lassen. Völlig unsystematisch, erst am Ende der Förderzeit und alle auf ein-

mal. Die Agrarbehörden blieben außen vor, zu viel Staat. Das europäische Geld aber kam wunderbarerweise an, wo es ankommen sollte.

Etwa bei Stanislaw Janiak, der sich vor zwei Jahren mit 19 anderen Obst- und Gemüseproduzenten zur Erzeugergemeinschaft Kalsad zusammengetan hat. Genossenschaften und Kooperationen sind selten in Polen; zu sehr erinnert dies an sozialistische Zeiten. Doch Janiak und seine Partner haben erkannt: „Gefördert werden die großen Betriebe, die investieren können. Um auch unterstützt zu werden, müssen sich die Kleinen eben zusammenschließen.“ Ohnehin sei es besser, eine größere Menge an Vorräten zu haben. Und: „Ein vielfältiger Anbau schützt vor Konjunkturschwankungen.“ So kultiviert die Erzeugergemeinschaft auf 420 Hektar Fläche nicht nur Äpfel, Birnen und Sauerkirschen, sondern auch Zwiebeln und Futtermais.

Die Äpfel, mit zurzeit 2500 Tonnen jährlich das Hauptprodukt von Janiak, werden nach Russland und Weißrussland exportiert. Im Visier hat die Erzeugergemeinschaft aber bereits neue Absatzmärkte im Osten wie im Westen. Janiaks Hoffnung:

„Für eine Ware, die gut aussieht, gute Qualität hat und gut schmeckt, wird man schon etwas zahlen müssen.“ Der Landwirt setzt daher auf integrierten Obstanbau: Pflanzenschutzmittel nur, wenn es nicht anders geht. Ganz im Sinne der deutschen Verbraucher, meint er. Und fast verschämt fügt er hinzu: „Es erfreut einem ja auch das Herz, wenn man sieht, dass auf dem Apfelbaum ein Vogel nistet.“

Geld aus mehreren Töpfen

Mit Mitteln aus dem EU-Hinführungsprogramm konnte Janiak seine Lagerräume modernisieren und technisch aufrüsten. Nun will seine Erzeugergemeinschaft in eine neue Sortieranlage investieren – mit Geld aus dem EU-Fördertopf.

Wenn nun auch die Direktzahlungen überwiesen werden, werden Janiak und seine Kollegen noch einmal von Förderungen der Europäischen Union profitieren: 45 Euro pro Hektar sind in Aussicht gestellt. Natürlich freut sich Janiak, bewertet die flächengebundenen Direktzahlungen aber mit gemischten Gefühlen: „Wenn Geld für nichts reinkommt, bleiben auch die am Markt, die schlecht wirtschaften.“